



Eidgenössisches Politisches Departement
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

Integrationsbureau

Département politique fédéral
Département fédéral de l'économie publique

Bureau de l'intégration

770.315 - B/ow

Brüssel, den 1. April 1977

Bern,

Aktennotiz

EFTA-Gipfel; Aussprache
mit der EG-Kommission

Anlässlich der Gespräche, die der Direktor der Handelsabteilung, Botschafter Jolles, am 31.3./1.4.77 in Begleitung von Botschafter Caillat mit verschiedenen Kommissären und Generaldirektoren der EG-Kommission geführt hat, wurde am 31.3. anlässlich der Aussprache mit Vizepräsident Haferkamp, der für die Aussenbeziehungen zuständig ist, auch der EFTA-Gipfel behandelt. Auf EG-Seite waren zudem die Herren GD Hijzen, Comba und Froschmaier anwesend.

1 Ausgangspunkt war die schweizerische Feststellung, dass sich die Konzeption des FHA auch in der Rezession bewährt hat. Die Öffentlichkeit hat sich mit dem durch das Abkommen geschaffenen Nahverhältnis angefreundet und es als dauerhafte und selbstverständliche Grundlage unserer gegenseitigen Beziehungen anerkannt. Wenn das Vertragswerk den wesentlichen Teil unseres Wirtschaftsverkehrs deckt, so bleiben dennoch zahlreiche Sektoren ungeregelt. Ob in dieser Hinsicht Lösungen gefunden werden können, hängt mitunter vom entsprechenden Integrationsfortschritt der Gemeinschaft ab, Fortschritt, der seinerseits durch deren Erweiterung eine Verlangsamung erfahren könnte. Wir hoffen, dass es der Gemeinschaft gelingt, auf weiteren Gebieten zu gemeinsamen Politiken und damit zu vermehrter Verhandlungsfähigkeit zu gelangen. In der Zwischenzeit gilt es, durch regelmässige und informelle Kontakte den Informationsaustausch zu fördern, um nach Möglichkeit und soweit notwendig divergierende Entwicklungen zu verhindern. Haferkamp teilt diese Auffassung, dies um so mehr, als die integrationspolitischen Konsequenzen der Erweiterung noch keineswegs abzusehen sind. Jedenfalls sollten sich die beiden Partner auf allen Gebieten, auf denen sie gleichzeitig auftreten, vorher besprechen (GATT, OECD, Dialog); hierzu eignet sich das persönliche Gespräch besser als der feierliche Rahmen des Gemischten Ausschusses, an dessen Sitzungen für diesen Zweck zuviele Zuhörer teilnehmen und der auf EG-Seite formelle Vorbereitungsprozeduren bedingt.

./.

2 Als Rechtfertigung für den Gipfel nennt Dir. Jolles den auf den 1.7.77 im wesentlichen erreichten Warenfreiverkehr zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten. Es ist dies in der west-europäischen Handelspolitik ein historischer Schritt, welcher der Öffentlichkeit zu Bewusstsein gebracht werden sollte und der zugleich die Frage nach dem weiteren Vorgehen aufwirft. Zwei Themenbereiche zeichnen sich ab:

a) Die Rolle der EFTA-Staaten in der Weltwirtschaft

Die EFTA-Staaten haben einen verhältnismässig grossen Anteil am Welthandel, was ihre Entschlossenheit erklärt, in liberalem Geiste ihren Beitrag an die Lösung seiner Probleme zu leisten.

b) Zukünftige Rolle der EFTA-Staaten in der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach Verwirklichung des industriellen Warenfreiverkehrs

- EFTA-intern: Es kann nicht darum gehen die, Stockholmer Konvention zu revidieren, d.h. die Integrations auf jene Gebiete auszudehnen, um deretwillen wir der EWG ferngeblieben sind. Hingegen soll die EFTA vermehrt zum Ort der Konsultation über die interne Wirtschaftspolitik und über die individuellen Aussenwirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten gemacht werden. Dies soll und kann indessen keinesfalls zu einer "gemeinsamen Politik" führen.
- Vertiefung des FH im Einvernehmen mit der EWG: Es handelt sich hier um verhältnismässig technische Dinge wie die Vereinfachung und weitere Multilateralisierung der Ursprungsregeln, NTBs etc. Für uns von grosser Bedeutung ist indessen vor allem die Einführung des Verbots mengenmässiger Ausfuhrbeschränkungen, d.h. die Absicherung des Freihandels auf der Versorgungsseite. Während der Verhandlungen konnte in dieser Hinsicht schon eine weitgehende Einigung erreicht werden, doch musste das Problem aus zeitlichen Gründen und wegen bestimmter Schwierigkeiten auf nordischer Seite (Finnland: Zellulose) vorderhand aufgeschoben werden. *Als Binnenland ohne Rohstoffe ist die Schweiz innenpolitisch stets wieder der Forderung ausgesetzt, autark zu sein und deshalb die interne Produktion durch restriktive Importmassnahmen zu schützen. Dieser Forderung kann realistischerweise nur entgegengetreten werden, wenn der Zugang zu den Versorgungsmärkten offenbleibt. In der Freihandelskonzeption ist dieser Zugang axiomatisch; im Bereich der Landwirtschaft stellt sich das Problem in gesonderter Weise. Praktische Schwierigkeiten haben sich im Industriesektor bisher mit dem schweren Heizoel ergeben.
- Absicherung des FH: Hier wird anlässlich des Gipfels vermutlich das gemeinsame Interesse der EFTA-Staaten ausgedrückt werden, mit der Gemeinschaft in vermehrten Kontakt zu treten, um die äusseren Bedingungen des guten Funktionierens des FH dadurch zu gewährleisten, dass nach Möglichkeit eine divergierende Entwicklung der handelsrelevanten Normen einerseits, der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen andererseits vermieden wird.

* Dennoch ist die Frage für uns entscheidend:

- Ausdehnung des FH: Wiedergabe der bekannten Argumente hinsichtlich Griechenlands und Spaniens. Wir würden es als nützlich erachten, wenn die Gemeinschaft gegenüber den Griechen zum Ausdruck brächte, dass sie eine solche Ausdehnung begrüßen würde (teilweise Ablenkung des griechischen Exportdrucks auf die EFTA-Staaten, Einbau Griechenlands in die westeuropäische Arbeitsleistung).

Dir. Jolles schliesst das Votum mit dem Ausdruck seines Wunsches und seiner Erwartung, dass die anlässlich des EFTA-Gipfels geäußerten Ideen bei der Gemeinschaft ein positives Echo auslösen. Zu diesem Behufe sind wir bereit, die einschlägigen Abschnitte der Pressemitteilung vorgängig und informell mit der Kommission zu besprechen.

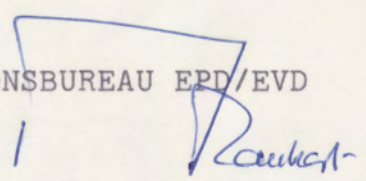
3 Präsident Haferkamp stellt zunächst fest, dass die protektionistischen Tendenzen anhalten werden: 6 Millionen Arbeitslose, vielfach konzentriert auf einzelne Sektoren und/oder Regionen, stellen ein politisches Faktum dar, das solchen Tendenzen Vorschub leistet. Es ist deshalb wichtig, dass auch in Wien deutlich dem liberalen Gedankengut das Wort geprägt wird. - Was den freien Zugang zu den Versorgungsmärkten betrifft, so hätte diese Forderung 1972 ohne weiteres verwirklicht werden können. Heute dürfte es wohl schwieriger sein, eine formelle und normative Zusage zu erreichen. Von der Sache her sind die schweizerischen Argumente völlig zutreffend. Wir sind bereit, das Begehren zu prüfen, sei es in dem Sinne, dass wir in Westeuropa bilateral mit dem guten Beispiel vorangehen, sei es, dass wir (wie Hijzen feststellt) das Problem im Rahmen der OECD (Pledge) oder des GATT (MTN) multilateral zu lösen versuchen.

4 GD Hijzen erkundigt sich, ob die EFTA als Einheit gegenüber der Gemeinschaft auftreten wird oder ob mit einem einzelstaatlichen, ev. koordinierten Prozedere zu rechnen ist. Dir. Jolles antwortet, dass nur in Fällen, bei denen auf Seiten aller EFTA-Staaten dasselbe Problem gegenüber der Gemeinschaft sich stellt, ein multilaterales oder zumindest koordiniertes, je bilaterales Vorgehen denkbar ist. Eine Blockbildung ist indessen weder beabsichtigt, noch möglich. Vielmehr geht es darum, in pragmatischer und konstruktiver Weise zur gemeinsamen Lösung gemeinsamer Probleme beizutragen. In diesem Zusammenhang stellt Haferkamp auf einen entsprechenden Hinweis von schweizerischer Seite fest, dass die von den EFTA-Staaten zusammen mit der Gemeinschaft zu bewerkstelligende "co-ordination and concerted action" (s.Pt. 11 der Pressemitteilung) terminologisch u.U. Schwierigkeiten schaffen könnte. Dir. Jolles präzisiert, dass diese beiden Begriffe nur im Zusammenhang mit der Absicherung des FH in Vorschlag zu bringen wären.

5 Was eine allfällige EG-Demarche gegenüber Griechenland betrifft, so ist Haferkamp mit diesem Vorschlag einverstanden. Hijzen hingegen äussert sich mit einer zurückhaltenden und skeptischen Bemerkung, kommt aber aus zeitlichen Gründen nicht mehr dazu, diese zu begründen.

6 Das Gespräch streift noch kurz den Nord/Süd-Dialog (Rohstoffabkommen, gemeinsamer Fonds, Stabex), worauf an dieser Stelle nicht eingegangen werden soll.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD


(Franz Blankart)

Kopie z.K. an:

Herrn Direktor Jolles
Rb, D, So, Ly, Bru, Bö, vW

Herrn Generalsekretär Weitnauer
HT, CJ, ZW

Schweiz. Delegation bei der EFTA, Genf
Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel
Schweiz. Delegation bei der OECD, Paris
Schweiz. Botschaft in Helsinki, Lissabon, Oslo, Stockholm, Wien;
Brüssel, Den Haag, Dublin, Köln, Kopenhagen, London,
Luxemburg, Paris, Rom;
Ankara, Athen, Madrid;
Washington